



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/225 - 5.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Tahlen ohne Wahl	S. 1
Jules Koch, Wyszinski und der "Observer"	S. 3
Friede an der Adria	S. 4
Kißlungener Rückzug	S. 5

Pankows Ausweg ist Terror

E.Z. - Berlin

Die Pankower Regierung und die SED haben das Pech, dass ihr ganzer Rummel um die "Volkskammerwahl" bereits zwei Wochen vor dem Tag, an dem die Bevölkerung der Sowjetzone an die "Wahl"urnen getrieben wird als Täuschungsmanöver erkannt wird. So sehr auch die Sowjetzonenpresse in ihrer "Berichterstattung" von den Wählerversammlungen versucht, leere Versammlungsräume in Massenkundgebungen des Volkes unzufälschen und erzwungene Belegschaftsversammlungen großer Betriebe zu Demonstrationen für das SED-Regime zu deklarieren, die offene oder geschickt getarnte Widerstandsfront des Volkes gegen die neue Wahlkomödie Pankows ist nicht mehr zu verheimlichen.

Nichts zeigt die verhängnisvolle Situation, in der sich das ZK der SED und die Regierungsfunktionäre in Pankow befinden, deutlicher, als die Schreimanweisungen, die das Zentralkomitee der SED an die Betriebsgruppensekretäre der SED in den großen Betrieben und Verwaltungsstellen herausgeben mußte. Darin heißt es, dass bei der Beurteilung der politischen Haltung eines Arbeiters eine negative oder auch nur reservierte Stellungnahme zu der "Volkswahl" vom 17. Oktober genauso zu bewerten sei, wie seine Haltung zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953. Nach dem Terrorfeldzug gegen alle sowjetzonalen Werktätigen, die am 17. Juni 1953 unter den Streikenden waren oder auch nur ihre Sympathie mit den Trägern des Volksaufstandes bekundet hatten, dürfte kein Zweifel mehr bestehen, dass jede Kritik an der "Volkskammerwahl" als staatsfeindlicher Akt betrachtet und entsprechend geahndet werden soll.

Die SED hat im Zusammenhang mit der "Kampagne zur Vorbereitung der" Volkswahl" ihren Hetz- und Diffamierungsfeldzug gegen die Sozialdemokratische Partei von Tag zu Tag verstärkt, da sie die immer offener zutage tretenden Forderungen nach freien Wahlen - eben jene von der SED gehasste Argumentation der SPD und ihrer zahlreichen Anhänger in der Zone - nicht anders zu beantworten wußte. Bereits auf der letzten Tagung des ZK mußte dessen Kaderchef Schirdewan resigniert das Übernehmen der sozialdemokratischen Argumente gegen das neue Wahlbetrugsmanöver konstatieren.

Aus Erklärungen des SED-Chefs Ulbricht geht hervor, dass die SED in den letzten Tagen vor den Wahlen noch einen letzten Versuch unternehmen will, einen "aktiveren Einsatz" der Parteiorgane und der Massenorganisationen zugunsten einer Propagierung der "Wahl" zu erreichen. Schon heute zeigt sich, dass das Zentralkomitee der SED die Schuld an der Abstinenz der Bevölkerung den "Saboteuren" in den bürgerlichen Parteien in die Schuhe schieben will. Ulbricht teilte nämlich mit, dass das ZK mehrere hunderte Instruktoren in die einzelnen Bezirke der Sowjetzone entsenden will, die die Aufgabe erhalten, die Durchsetzung der "führenden Rolle der SED" zu überprüfen. Vor allem aber soll von diesen Instruktoren eine hochnotpeinliche Untersuchung darüber eingeleitet werden, inwieweit die bürgerlichen Parteien bei der Vorbereitung der "Volkskammerwahl" das Prinzip der "allein führenden Rolle der SED" verletzt haben.

Es gehörte bisher immer zur Taktik der SED, bei einem Fehlschlag ihrer Bemühungen um die propagandistische Aktivierung der Volksmassen sozialdemokratische "Agenten" oder nichtsedistische Politiker als Schuldige für das Fiasko anzuprangern, das sich die SED durch die ständige Ablehnung der Forderungen des Volkes und durch den verstärkten Terror selbst zuzuschreiben hat. Wie die "Volksabstimmung" im Frühjahr, so wird auch die "Volkskammerwahl" mit ihren "Nein"-Stimmen erneut die Tatsache bestätigen, dass das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit gegen das Regime steht. Auch die bereits jetzt feststehende Fälschung des "Wahl"-Ergebnisses kann daran nichts ändern.

"Suspensiv-Klausel"
- - - - -

sp In der letzten Ausgabe (3.10.) des Londoner "Observer" wird an das dringende Ersuchen des früheren französischen Verteidigungsministers und gegenwärtigen französischen Vertreters in der Abrüstungskommission bei der UNO, Jules Moch, an den französischen Ministerpräsidenten erinnert, er solle in jedem Abkommen über die deutsche Wiederbewaffnung auf einer Suspensiv-Klausel (also Aufschiebung) bestehen, um dadurch Zeit zu gewinnen, die Ernsthaftigkeit der russischen Absichten zu prüfen

Moch habe der Mitarbeiterin des genannten Blattes - Nora Beloff - gesagt, er werde seinen ganzen politischen Einfluss geltend machen, der neuen Plan für die deutsche Wiederbewaffnung im französischen Parlament zu Fall zu bringen, falls Mendès-France ihn unterbreiten werde, ohne die verbesserten Aussichten auf ein internationales Abkommen zu berücksichtigen. Die neuen britischen Konzessionen, sagte Moch bei dieser Gelegenheit, hätten die hauptsächlichsten Einwände, die seine Freunde und er gegen die EVG gehabt hätten, beseitigt. Er wäre auch bereit gewesen, den Londoner Kompromiß zu akzeptieren, wenn sich die internationale Lage als Ergebnis des Angebotes von Wyschinski nicht "sensationell" geändert hätte. Moch glaube, dass ein Zeitraum von sechs Monaten genügen würde, um zu prüfen, wieweit die Russen zu gehen bereit sind. Wenn es sich bei ihnen nur um eine Obstruktionstaktik handeln sollte, wäre immer noch genügend Zeit, um Westdeutschland in ein westliches Militärbandnis einzubeziehen.

Der "Observer" bemerkt dazu von sich aus: "Es ist bekannt, dass die Franzosen durch ihre Moskauer Botschaft die ersten waren, denen man den Inhalt des russischen Angebots mitteilte. Diese Priorität hat den anglo-amerikanischen Glauben bestärkt, dass es das hauptsächlichste sowjetische Ziel ist, den Westen zu spalten und die deutsche Wiederbewaffnung aufzuschieben... Grossbritannien hat keine Absicht, irgendwelche Verzögerungen zu akzeptieren."

Andererseits habe - immer noch "Observer" - der britische Staatsminister, Mr. Selwyn Lloyd gegen die starke Strömung von Optimismus zu schwimmen, die die Vereinten Nationen seit der Rede Wyschinskis überflutet, in welcher dieser auf die grundlegenden sowjetischen Prinzipien in der Abrüstungsfrage, die so viele Jahre jede konstruktive Verhandlung verhindert haben, verzichtet. Mr. Lloyd werde vielmehr vorschlagen, die Arbeit in drei Abschnitte zu teilen:

1. das Gebiet, auf welches sich die Abrüstung erstrecken soll;
2. die Art und die Funktionen des internationalen Kontrollorgans, welches die Durchführung des Abkommens beaufsichtigen soll;
3. die Zeiteinteilung des wirklichen Abrüstungsprogramms.

Nach sorgfältigem Studium des Textes von Wyschinskis Angebot, schreibt der "Observer", sei die britische Delegation zu dem Schluss gekommen, dass die Russen bei dem ersten und dritten Komplex weit genug gegangen seien, um den Weg für weitere Verhandlungen zu öffnen. Im Hinblick auf das Kontrollorgan bleibe dagegen die Delegation skeptisch, ob die Russen wirklich bereit sind, Ausländern zu erlauben, bei ihnen frei herumzulaufen und sowjetische Einrichtungen zu untersuchen.

"Die Briten sind tatsächlich in einer Klemme zwischen zwei Alliierten" heisst abschliessend. "Falls sie sich weigern, den Russen irgendwie entgegenzukommen, riskieren sie eine französische Ablehnung des Londoner Abkommens über die deutsche Wiederbewaffnung. Wenn sie andererseits als zu bereitwillig erscheinen, riskieren sie Streit mit den Amerikanern".

+ + +

Zankapfel Triest beseitigt

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In einer Stunde, in der durch den Montesi-Skandal Italien in seinen Grundfesten erschüttert wurde, kommt der Regierung Scelba das in London von Rom und Belgrad soeben unterzeichnete Abkommen über Triest als aussenpolitischer Rettungsanker sehr gelegen. Es beendet einen neunjährigen Streit und verleiht der schwerangeschlagenen italienischen Regierung die Gloriette eines nationalen Erfolges, obgleich sich am bisherigen Zustand nicht viel ändert, da die Verwaltung der Zone A schon seit langen in italienischen Händen lag. Hinzu kommt lediglich die Übernahme der Polizei, deren Funktionen bisher amerikanische und britische Truppen ausübten.

Der erbitterte und nationale Leidenschaften auf beiden Seiten der Adria aufwühlende Streit um die Hafenstadt Triest ist durch zweimalige eigenmächtige Aktionen der Westalliierten unnötig verschärft und verlängert worden. 1948 sicherten die drei Westmächte Italien die Rückgabe von Triest zu, obwohl der ein Jahr früher mit Rom abgeschlossene Friedensvertrag, den auch die Sowjetunion mit unterzeichnet hatte, für Stadt und Gebiet von Triest die Bildung eines Freistaates vorsah. Sie gaben dieses Versprechen, weil sie damit die Wahlchancen der Christlichen-Demokraten erhöhen wollten. Aber im gleichen Jahr vollzog der jugoslawische Staatschef Tito seine Abkehr von Moskau, und so waren die Westmächte gar nicht in der Lage, ihre Zusage zu erfüllen, wenn sie Tito nicht wieder in die Arme des Kreaml treiben wollten.

Im vorigen Jahr glaubten sie den Zeitpunkt für die Rückkehr Triest an Italien willkommen, der erbitterte Tito liess jedoch seine Truppen aufmarschieren, und es entstand beinahe eine kriegsähnliche Situation. Die Haupt- Sorge Belgrads galt dem Schutz und der Sicherheit der im Stadtgebiet Triest lebenden slowenischen Minderheit, deren Mißtrauen gegen die italienische Verwaltung durch die Entnationalisierungsversuche in der Vergangenheit berechtigt war. Die Drohung, das Triest nahegelegene Kappe zu einem Hafen auszubauen, schuf in Rom den Boden für das Abkommen; es sichert Jugoslawien neben dem Schutz der slowenischen Minderheit auch gewisse Vorrechte im Hafen von Triest zu.

Die grosse Frage bleibt allerdings, wie sich für Triest die wirtschaftliche Zukunft gestalten wird. Bisher lebte es im wesentlichen von der Besatzung. Die Sorge für die Erhaltung dieser Hafenstadt, der in Venedig und Rijeka (Fiume) eine mächtige Konkurrenz entstanden ist, fällt nun ganz Italien zu. Immerhin schafft das Abkommen einen Konfliktherd aus der Welt, der mehr als einmal beide Länder an den Rand des Krieges führte. Durch die Übereinkunft über Triest wurde nun der Grundstein für eine bessere und von ungeklärten territorialen Fragen nicht mehr belastete Zusammenarbeit beider Länder gelegt.

+ + +

Der sachliche Unterschied

tt- Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abg. Dr. von Brentano, hat am 23. September 1954 im hessischen Rundfunk wörtlich erklärt:

"Die Anderen (damit meinte Herr v. Brentano vornehmlich die SPD) verlangen, dass der Wiedervereinigung Deutschlands der erste Rang bei allen politischen Erklärungen und Entscheidungen eingeräumt werden müsse. Sicherlich ist dies eine der vordringlichsten Aufgaben der deutschen Politik, aber ich sage bewußt nicht "die" vordringlichste - auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden. Es scheint mir unreal und wirklichkeitsfremd zu sein, eine Stufenordnung der Werte aufzubauen. Diejenigen, die uns sagen, dass die Wiedervereinigung vor allen anderen Aufgaben und Problemen angepackt werden müsse, sehen die harte Wirklichkeit nicht. Sie lassen sich von Gefühlen bestimmen."

Diese Ausführungen des Herrn von Brentano haben nicht nur bei der SPD, sondern u.a. auch bei dem stellv. FDP-Fraktionsvorsitzenden Euler ("ein Skandal") und bei dem Fraktionskollegen des Herrn von Brentano, bei dem CDU-Abg. Nellen, heftigsten Widerspruch hervorgerufen. Der Widerspruch war so laut und fand ein so weites Echo, dass Herr von Brentano jetzt in dem CDU-offiziellen "Deutschen Monatsblatt" versuchte, aus der selbstgewählten Sackgasse wieder herauszukommen. Diesen "Weg zurück" glaubte er in der Weise finden zu können, dass er die Behauptung aufstellte, zwischen seinen Ausführungen und den Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer vom 25. Februar 1954 vor dem Bundestag gebe es keinen sachlichen Unterschied.

Bei allem Verständnis, das für die mißliche Lage aufgebracht werden kann, in die sich Herr von Brentano durch seine Hessenfunk-Erklärung gebracht hat, muß doch festgestellt werden, dass sein Reinwaschungsversuch keine gute Sache ist. Herr von Brentano stellte zur Durchführung seiner Rehabilitierungsaktion einen Abschnitt seiner Rundfunkrede heraus, der überhaupt nicht kritisiert worden ist. Er hatte nämlich darin auch gesagt:

"Aber wir allein haben gar nicht die Kraft und die Möglichkeit, das geteilte Deutschland wieder als freies Volk zusammenzuführen. Dazu bedürfen wir einer Vereinbarung der Mächte, die die Welt-politik bestimmend gestalten."

Diese Erkenntnis des CDU-Fraktionsvorsitzenden ist von niemandem kritisiert und von niemandem angezweifelt worden, weil sie richtig ist und noch niemals zur Debatte gestanden hat. Diese Feststellung hat, und damit hat Herr von Brentano durchaus recht, der Oppositionsführer unter anderem auch am 25. Februar 1954 getroffen, ja sie gehört zu den fundamentalen Feststellungen der SPD seit eh und je, wenn sie zur Frage der Wiedervereinigung gesprochen hat. Und wenn der SPD-Vorsitzende damals hinzugefügt hatte, dass

"das natürliche Recht eines Volkes auf seine staatliche und nationale Einheit und seine Selbstbestimmung an sich nicht den Anspruch auf unmittelbare Erfüllung hat",

da eben eine isolierte Lösung des Deutschlandproblems nicht erreicht werden kann, dann hatte der Oppositionsführer das gesagt, weil die SPD seit Anfang an in der klaren Erkenntnis dieser deutschen Situation von den Besatzungsmächten gefordert hat, dass sie endlich ihrer selbst übernommen und von ihnen nicht abzustreifenden Verpflichtung gerecht werden sollen: nämlich in Gemeinschaft mit dem deutschen Volk die Einheit Deutschlands in Freiheit auf dem Verhandlungswege wieder herzustellen.

Der sachliche Unterschied aber zwischen der SPD und der CDU, den Herr von Brentano jetzt nicht wahrhaben will, liegt tatsächlich in der Frage, ob man diese Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und zunächst einmal nach einer Initiative zu neuen und echten Verhandlungen der vier Besatzungsmächte - und beide Forderungen sind harte Wirklichkeit! - als "die" vorranglichste Aufgabe der deutschen Politik oder - wie Herr von Brentano - eben nur als "eine" von mehreren vorranglichsten Aufgaben ansieht. Auf diese Frage ist Herr von Brentano die Antwort nicht einmal schuldig geblieben: er hat sie in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. September 1954 im Hessischen Rundfunk eindeutig und unmißverständlich gegeben.

Dass Herr von Brentano in seiner mißglückten Entlastungs-Aktion diesen Tatbestand leider einfach übergeht, das gehört mit zu den Problemen, die es so schwer machen, die Basis für eine gemeinsame Außenpolitik zu finden. Wenn Herr von Brentano ein "Mindestmaß von Sachlichkeit" fordert - wir fürchten, er hat eine gute Gelegenheit versäumt, dieser Forderung gerecht zu werden.

-----+-----+-----+-----
 Verantwortlich: Peter Raunau